

# Medien und mangelnde Aufklärung über die Ökonomie

Teil I:

## **Können elektronische Zahlungswege das Bargeld ablösen?**

**Von der Notwendigkeit das Geld zum Forschungsthema zu machen!**

**Eine Näherung an das Thema auf Umwegen**

von

Tristan Abromeit  
[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

Text 170.1

Anhang

**Text 170.1.1**

**Karl Walker**  
Informationen und Texte

Oktober 2020

Aktuelle Anmerkungen vom 2. 10. 2020  
zu dem [Zusammenhang von Freiheit, Demokratie und Ökonomie](#)  
und  
eine Stellungnahme vom 5. 11. 2002  
zu [Walkers Kritik an der Freiwirtschaft und der Quantitätstheorie](#)  
mit

Auszügen aus:

Die Todsünde der Nationalökonomie von Otto Conrad

übernommen aus:

Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft von Werner Hoffmann  
T.A.

Heute ist in Gabor Steingarts Morning Briefing folgendes zu lesen:

Der ehemalige Chef der **Wirtschaftsweisen** und heutige Präsident des Handelsblatt Research Institute neigt nicht zum Alarmismus. Professor **Bert Rürup** ist bekannt für sein abgewogenes Urteil und seinen moderaten Ton. Der bekennende **Sozialdemokrat** ist von Haus aus kein **Wirtschaftsliberaler** und – als EZB-Kritiker aufgefallen ist er bisher auch nicht.

Umso erstaunlicher fällt seine **Abrechnung** im heutigen „Handelsblatt“ aus. Härter ist seit langem niemand mehr mit der EZB ins Gericht gegangen. Bert Rürup schreibt:

„Die Notenbanken mutierten zum universalen Retter von Anlegern, Banken und Staaten. Gewinne auf dem Kapitalmarkt blieben privat, während Verluste zunehmend häufiger sozialisiert wurden – zentrale marktwirtschaftliche Prinzipien wurden außer Kraft gesetzt. Ein vom Wähler legitimiertes Mandat für diese wirtschaftspolitische Allkompetenz gibt es nicht.“

„Verlierer dieser Politik könnten die Klein- und Normalverdiener werden.“

„Dass es ohne die expansive Geldpolitik weit mehr Arbeitslose gäbe, darf man freilich als Schutzbehauptung hyperaktiver Notenbanker betrachten.“

„Neuerdings vertritt die EZB gar die Ansicht, sie müsse bei ihrer Politik Klimaschutzaspekte stärker berücksichtigen. Faktisch betreiben die Notenbanken damit Wirtschafts-, Finanz- und Umweltpolitik, die eigentlich demokratisch legitimiert sein sollten.“

„Das Wegducken der gewählten Politiker vor unangenehmen Entscheidungen und deren Abschieben auf die Zentralbanken kommt einem Offenbarungseid der Demokratie nahe – welch dramatische Fehlentwicklung!“

Pflichtlektüre für alle, die sich um den Zustand unserer Demokratie sorgen.

Schade dass Bert Rürup (\* [7. November 1943](#) in [Essen](#)) zeitversetzt von Karl Walker (\* [4. Januar 1904](#)[1] in [Straßburg](#);[\[2\]](#) † [5. Dezember 1975](#) in [Berlin](#)) wirkt, er hätte von ihm – der auch seinen demokratischen Dienst in der SPD leistete - sicher eine argumentative Unterstützung erhalten. Die Europäische Zentralbank, wie sie in den EU-Verträgen angelegt ist und sich in der Realität entwickelt hat, ist ein Fremdkörper in der sich demokratisch darstellenden Europäischen Union geworden.<sup>1</sup> Sie kann nicht mal behaupten, dass das der Preis für eine gute Notenbank-Leistung wäre. Der Zustand der EZB weist nicht nur auf die Mängel im Zustand der demokratischen Verfassung der EU-Mitglieder hin, sondern auch auf die Schwäche der Wirtschaftswissenschaften insgesamt. Und die große Mehrheit der Akteure in allen drei Bereichen werden auf Nachfrage behaupten, dass sie das Beste für das Gemeinwohl im

---

<sup>1</sup> Diese Formulierung besagt, dass ich die Demokratie noch nicht als in der EU angekommen sehe.

Visier haben. Die Zeiten seien aber so, wie sie sind, besseres ließe sich eben nicht realisieren. Das mag so gar ehrlich gemeint sein, denn wer sich lange genug in einem geistigen Käfig bewegt, kann sich vermutlich nicht mehr den weiten Horizont jenseits der Umzäunung des Käfigs vorstellen. Das betrübliche ist nur, dass der Gesamtheit der Bürger die Bewegungsfreiheit – die mehr ist als Konsum- und Narrenfreiheit ist - eben nach den verengten Vorstellungen der in gedanklichen Zäunen lebenden Politikgestalter<sup>2</sup> zugewiesen werden. Ich denke dabei nicht an die durch die Corona-Krise bedingten Einschränkungen, obwohl es da auch genug zum Nachdenken gibt, weil hier ja Grundrechte so einfach gekippt wurden wie die Schuldenbremse in der Verfassung. Welche Möglichkeiten haben 90 % (oder mehr) der Bürger, die die Folgen der Mängel-Politik aushalten müssen? Die Geschichte lehrt, Rebellionen und Revolutionen bringen zusätzliche Leiden, lassen aber die Bedrängnisse in neuer Form wieder entstehen. Die Alternative wäre, es würden sich genügend Bürger kundig darüber machen, wie die Verhältnisse friedlich und dauerhaft verbessert werden könnten. Dann könnte die Bürgerschaft insgesamt die Aufklärung vollziehen und wäre auf die Beruhigungspillen und Ausreden ihrer politischen Vertreter nicht mehr angewiesen<sup>3</sup>. Soviel früher der Prozess der Aufklärung beginnt, so viel zivilisierter und effektiver kann er sein. Das wäre ein Stück direkte Demokratie. Wenn solange gewartet wird, bis wieder Gewalt ins Spiel kommt, dann haben die Demagogen wieder das Sagen. Dass diese Möglichkeit von der Bürgerschaft genutzt wird, halte ich für möglich aber nicht für wahrscheinlich. Vielmehr wird folgende Haltung anzutreffen sein: „Was sollen wir uns aufregen und anstrengen, Gott, Allah oder Frau Merkel werden es richten.“ Diese Haltung ist bei der geringen Einwirkungsmöglichkeit, die der einzelne Mensch hat, verständlich. Ich sehe darin aber die eigentliche Gefahr für die Demokratie und nicht in dem Links- oder Rechtsextremismus. Diese Extremismusformen sind gekoppelt an der Qualität der Politik der politischen Mitte, die nicht mehr die Gesellschaft befrieden kann und spiegelt ihre Neigung zur Selbstgefälligkeit wider.<sup>4</sup>

Die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) bringt in der Ausgabe vom 2. Oktober 2020 einen Bericht über ein Portrait aus dem Jahr 1951 von Hanna Ahrendt. Dort wird auch ein Zitat von ihr wiedergegeben, das lautet „Der Sinn von Politik ist Freiheit“.<sup>5</sup> In dieser Kurz-

---

2 Dazu rechne ich hier auch die Wirtschaftswissenschaftler – trotz abweichender oder widersprechenden Lehren -, denn sie prägen die Handlungsmuster der Politiker.

3 Die ja aus anderer Perspektive betrachtet in der Mehrzahl achtens- und liebenswerte Mitglieder unserer Gesellschaft sind.

4 Ich habe hier die Gesamtheit im Blickfeld, nicht die einzelnen Mitglieder, bei deren Betrachtung ganz andere Bilder entstehen können.

5 Dazu lohnt das Interview mit dem Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann zu lesen: <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/regierung/ministerpraesident/interviews-reden-und->

form der Aufgabenbeschreibung der Politik kann es auch zu Missverständnissen kommen. Die Freiheit gibt es nicht ohne Bedingungen und sie will auch errungen und erhalten bleiben, Die Politik hat die Neigung, den tagesaktuellen Notwendigkeiten mehr Bedeutung einzuräumen als den auf Dauer gerichteten Wirkungen der Freiheit. Es geht nicht nur um das Freisein von Bedingungen, die mächtige Bürger und Institutionen anderen Bürger oktroyieren können oder möchten und auch nicht nur um den Einsatz für die Freiheit der noch Unfreien, sondern um die gleiche Freiheit für alle, wie ein Buchtitel des Verfassungsrechtlers Dieter Suhr lautet. Und es geht um die Überwindung des Institutionenabsolutismus, wie der Staatsrechtler Erich Reigrotzki lehrte. Die gleiche Freiheit verträgt sich nicht mit Privilegien, die der Staat verleiht oder duldet und auch nicht mit Ansprüchen auf Unterordnung und auf Teile des Arbeitseinkommens, die das Kapital stellt.<sup>6</sup> Es geht letztlich um folgende Fragen: Welche Organisationsform braucht unsere Gesellschaft (auf die EU bezogen Gesellschaften), die wir Staat (Staaten) nennen, die die Freiheit aus sich heraus gewährt und fördert. Und welche Gestalt muss die Demokratie haben, die nicht in der Diktatur von Mehrheitsentscheidungen verkümmert und dadurch der Freiheit keine Luft zum Atmen lässt. Und nur wenn die Freiheit individuell erlebbar und mehr als eine Konsum- und Narrenfreiheit ist, wird sie zur Verteidigerin der Demokratie.

Die aktuelle HAZ titelt ein Interview mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Thema der Vereinigung der deutschen Republiken, die sich zum 30. mal jährten, mit dem Zitat „**Meine Herkunft hat mich geprägt**“. Die Freiheit wäre wirklich in Gefahr, wenn ein Mensch, der öffentlich auftritt, seine Herkunft verleugnen müsste. Nur ist das im Fall der Bundeskanzlerin ein Problem, wie es das auch bei dem Ex-Bundespräsidenten Joachim Gauck in der Zeit als Präsident war.<sup>7</sup> Beide haben einen im Vergleich mit den Bürgern, die in der alten BRD aufgewachsen sind geringeren Freiheitsgrad in ihrer Gesellschaft, der DDR, in der sie prägenden Zeit erlebt und verinnerlicht. Man kann auch sagen, sie haben im Osten eine höhere Unterdrückung erlebt, als die Bürger im Westen. (Die Abwesenheit einer genügend großen Gestaltungsfreiheit haben jene Deutschen von der Alt-BRD nicht empfunden, die konform mit den Ansprüchen der Parteienherrschaft lebten.) Die Vereinigung von DDR und BRD haben Menschen wie Merkel und Gauck von vornherein als Zugewinn erlebt. Nicht so - bis auf die Überwindung der lästigen, häufig bedrückende Passkontrollen bei den Reisen ostwärts und die erweiterte Freizügigkeit – die BRD-Bürger, die ja von einem höhe-

---

[regierungserklaerungen/interview/pid/der-sinn-von-politik-ist-freiheit/](#)

<sup>6</sup> Kapital ist nicht gleichzusetzen mit Unternehmer.

<sup>7</sup> Ich habe schon Post zu ihm auf den Weg gebracht, als er noch in der DDR ein Oppositioneller war.

ren erreichten Freiheitsgrad aus in die Vereinigung gestartet sind. Mein Eindruck ist daher, dass der Status, den die untergegangene DDR vor ihrer Auflösung erreicht hatte, für die Ost-Politiker der Maßstab für den Entwicklungsfortschritt der jetzt gemeinsamen BRD ist. Dabei wird aber übersehen, dass die Bundesrepublikaner in ihrem Urteil eben von einem höheren Freiheitsgrad und einem Vorsprung mit einer mehr befriedigenden, die Freiheit unterstützenden Ökonomie ausgehen. Dieser Vorsprung konnte für einen gemeinsamen Fortschritt in der Ausprägung des Demokratiegedankens und einer besseren Wirtschaftsform einfach nicht genutzt werden, weil die Angst der westdeutschen Parteien vor Veränderungen und Machtverlust, den Weg dahin blockierten. Das kann man Helmut Kohl wohl, aber Angela Merkel und anderen einflussreichen Politikern mit einer Ost-Biographie nicht anlasten. Hier hat die westdeutsche Politikerklasse versagt, sie hat der Demokratie einen Bärendienst erwiesen und alle Bürger um ein Plus an politischer Gestaltungsfreiheit und um die Mitwirkung an einer zukunftstauglichen Demokratie betrogen.

Aber die eigentlichen Probleme liegen in tieferen Schichten der Gesellschaftsentwicklung als in der der politischen Sozialisation in der DDR oder BRD begründet. Und damit komme ich zurück zu Karl Walker und verweise auf den Zusammenhang von Demokratie und Marktwirtschaft. Walker hat ja die Mängel der Demokratie und der Demokraten in der Weimarer Republik und danach die Herrschaft des Nationalsozialismus unmittelbar erlebt. Und irgendwo hat er geschrieben oder er hat es mir gesagt, dass ihm dann nichts dringlicher erschien, zu klären, unter welchen Bedingungen die Demokratie zufriedenstellende Ergebnisse bringen kann.

Ich habe jetzt noch einmal sein Taschenbuch „Demokratie und Menschenrechte“ vom Juli 1947 mit kleiner Schrift und 104 Seiten gelesen. Er beschreibt also in einer Zeit als der Parlamentarische Rat<sup>8</sup>, der das Grundgesetz formulierte, noch nicht die Arbeit aufgenommen hatte, die Knackpunkte der Demokratie. Ich könnte seitenweise aus dem kleinen Buch zitieren, mache das aber nicht – und wenn, dann nur ganz sparsam. Ich gehe auf Walkers Überlegungen näher ein, wenn ich mein (Abschluss-)Vorhaben „Demokratie“ in Angriff nehme. Hier gebe ich nur ein paar Stichpunkte aus Walkers Darlegungen wieder und folge dann meinen eigenen Überlegungen.

---

8 Der tagte vom September 1948 bis Mai/Juni 1949 in [Bonn](#).

## ooooo – Einschub - ooooo

Hier will ich drei Nachrichten einfügen, die ich am 4. 10. und 5. 10. 2020 erhalten habe.

A) Werner Onken, Betreuer des Archivs für Geld- und Bodenreform <sup>9</sup>, Redakteur der „Zeitschrift für Sozialökonomie“ und Herausgeber von „Silvio Gesell - Gesammelte Werke“ hat folgende Arbeit fertiggestellt, die im Netz abrufbar ist:

**Marktwirtschaft ohne Kapitalismus - Von der Akkumulation und Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung** / Oldenburg 2019/2020 | 15 Teile | Online [Inhaltsverzeichnis und Downloads](https://www.werner-onken.de/buecher.html) / <https://www.werner-onken.de/buecher.html>

Er schrieb mir: >Das letzte große Kapitel mit dem realutopischen Ausblick ist seit einigen Wochen fertig und auch schon auf meiner Internetseite veröffentlicht. / Momentan schreibe ich am demokratietheoretischen Nachwort zu meinem Buch.<

Werner Onken macht gerade das, was ich im bescheidenen Umfang hier auch versuche, nämlich die Verknüpfung von Demokratie und Marktwirtschaft aufzuzeigen. Ich wünsche ihm mehr Zugriffe auf die Ergebnisse seiner Gedankenarbeit, als ich sie für meine zu erwarten habe.

ooooooooo

B) Über eine E-Mail-Weiterleitung erhielt ich folgende Einladung zu einem Webseminar über die Adresse des Europa-Parlaments-Abgeordneten Sven Giegold [info@sven-giegold.de](mailto:info@sven-giegold.de) .

>> WEBINAR: „KURSKORREKTUR ODER SYSTEMFRAGE? - WELCHE WIRTSCHAFTSORDNUNG BRAUCHT DIE GRÜNE TRANSFORMATION?“

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Interessierte,  
Europa steht an einem Scheidepunkt; von der Corona-Krise getroffen und mit der Klimakrise konfrontiert wie nie, finden sich Europäer\*innen in einer Welt, in der vormals Undenkbares plötzlich denkbar wird. Die Ordnung scheint auf den Kopf gestellt - der Ruf nach grüner Transformation im Sinne einer fundamentalen sozial-ökologischen Veränderung ist nicht nur mehr in Nischen des politischen und wirtschaftlichen Lebens zu vernehmen.

In aktuellen Diskursen zeigt sich eine neue Bereitschaft, nicht nur kosmetische Veränderungen an unserer Wirtschaftsordnung zu vorzunehmen, sondern die Grundsätze, Fundamente und Paradigmen grundsätzlich zu hinterfragen.

GEHT ES EINFACH UM EIN ÖKOLOGISCHES UND EUROPÄISCHES UPDATE  
DER GUTEN ALTEN SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT ODER IST DIE ZERSTÖRUNGSDYNAMIK UNSERES WIRTSCHAFTENS SO SYSTEMIMMUNENT, DASS ES MIT EINEM VERÄNDERTEN ORDNUNGSRAHMEN ALLEIN NICHT AUSREICHEND ZU VERÄNDERN IST?

Diese Grundfrage wollen wir in unserer Online-Diskussion aufnehmen und mit unseren hochkarätigen Gästen die Notwendigkeit und Gestaltung einer neuen

---

<sup>9</sup> <https://uol.de/bis/archive-und-sammlungen/archiv-fuer-geld-und-bodenreform>  
<https://www.sozialoekonomie.info/archive/archiv-geld-und-bodenreform/archiv-geld-und-bodenreform-vorstellung.html>

Wirtschaftsordnung beleuchten. TERMIN: Mittwoch, 7.10.2020, 20:30 - 22:30  
Uhr

UNSERE GÄSTE:

\* PROF. DR. SEBASTIAN DULLIEN, Wissenschaftlicher Direktor des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung

\* ULRIKE HERRMANN, Journalistin und Wirtschaftskorrespondentin bei  
der  
Tageszeitung taz

\* PROF. DR. MICHAEL HÜTHER, Direktor und Mitglied des Präsidiums  
des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft <<<sup>10</sup>

Anmerkung von TA:

Der Name Sven Giegold hat einen guten Klang und ich zweifele auch nicht daran, dass die Gäste der Diskussionsrunde Sinnvolles zum Thema beitragen werden. Zu bedenken ist aber, dass die Fehlleitung der Wirtschaft durch den Neoliberalismus (der Chicagoer Prägung) dem Ruf der Marktwirtschaft geschadet hat und eine Gegenbewegung in Richtung des staatlichen Interventionismus ausgelöst und Neigung zum Zentralismus verstärkt hat.

Schon die Zuordnung des Begriffs >Zerstörungsdynamik< zur Marktwirtschaft ist zweifelhaft, denn diese Zerstörungsdynamik gehört dem Kapitalismus zugeordnet. Und wenn die Ursachen der Fehlleistungen der bisherigen Wirtschaft nicht geklärt sind, kann man auch keine bessere Wirtschaftsordnung beschreiben und anstreben.

Die gute soziale Marktwirtschaft hat es nie gegeben. Diesen Status konnte sie bisher nicht erreichen, weil sie von Beginn an, an die Kette des Kapitalismus gelegt wurde.

Das Unbehagen an unserer Wirtschaft hat es in unserer Republik immer wieder gegeben. Es fördert die Bereitschaft über Neues nachzudenken, reicht aber nicht, um Neues zu probieren, wenn die Ursachen- und Lösungsbeschreibung ausbleibt.

ooooo

**C) Im Morning Briefing von Gabor Steingart vom 5. 10. 2020 heißt es:**

**Corona** hat Folgen, die über das medizinische **Infektionsgeschehen** hinaus reichen. Die Pandemie verändert über den Ton auch die Tatsachen: Die Lust an der gesellschaftlichen **Polarisierung**, die weltweit den Aufstieg einer Kaste rhetorisch begabter Populisten begünstigte, weicht einer neuen Sehnsucht nach **Gemeinschaft**.

Der neue Gemeinschaftsbegriff, das unterscheidet ihn, ist **ökonomisch** grundiert: Es geht um eine Gemeinschaft ohne Weihrauch. Das verbindende Element sind nicht Pfadfinder-Romantik und Kirchentagslametta, sondern handfeste ökonomische Interessen. „The animal spirit“, mit dem **John Maynard Keynes** einst den Kapitalismus beschrieb, treibt den Gegenwartsmenschen zur Herde zurück.

Die **darwinistische Idee** vom „survival of the fittest“ hat gelitten, auch deshalb,

---

<sup>10</sup> Ein paar Zeilen bzgl. der Anmeldung habe ich weggelassen, weil das Seminar Vergangenheit ist, wenn diese Nachricht bei mir im Netz zu lesen ist.

weil unklar ist, ob man selbst noch zu den „Fitten“ gehört. Kulturschaffende, Messeveranstalter, Einzelhändler, Verlagsangestellte und Soloselbstständige, aber auch Piloten, Autobauer und Künstler wissen, was hier gemeint ist. Das Wort „**Selfmademan**“ können wir fürs Erste aus unserem **Sprachschatz** verabschieden, weil in der jetzigen Lage kaum jemand seines Glückes Schmied ist. Das Virus schmiedet immer mit.

Der Zentralwert der virologisch definierten Moderne handelt daher auch nicht mehr von Rendite und Superbonus, sondern von **Geborgenheit**, wobei diese – aufgrund der Schwere des pandemischen Eingriffs – nicht allein von Freunden und Nachbarn erbracht werden kann, sondern durch den **Staat** und seine Institutionen vermittelt werden muss. Wir erleben das, was die Amerikaner „Big Government“ nennen, mit dem Unterschied zur Vor-Corona-Zeit, dass es vielen gar nicht big genug sein kann.

Der **Papst** hat das für ihn günstige Zeitfenster erspürt und schlüpft mit seiner **Enzyklika** „Fratelli tutti“ in die öffentliche Arena. Es sei notwendig, zu erkennen, dass wir „wieder an alle denken anstatt nur an den Nutzen einiger.“ Es sei möglich, einen **Planeten** zu wünschen, der allen Menschen Land, Heimat und Arbeit biete. Der **Markt**, so der Papst über den Anti-Christ unserer Zeit, könne die wahren Probleme der Welt nicht lösen.

**Wahrheit 1:** In diesen Zeiten ein **Liberaler** zu sein ist keine Freude, sondern eine Zumutung. **Wahrheit 2:** Diese Zumutung ist eine notwendige. Wenn wir schon damit beginnen, unser Leben, das bisherige, neu zu denken, warum dann nicht auch den **politischen Liberalismus**. Der Einzelne und der Andere treten in eine neue Beziehung zueinander.

Kommentar TA: Die obigen Zeilen von Gabor Steingart sind nicht nur keine Freude für die Liberalen, sondern eine verdiente verbale Prügelstrafe. Nur ist ja wohl so, dass Steingart sich selbst auch als Liberaler versteht und wenn ich mit meiner Annahme richtig liege, dann geißelt er sich mit seinen Worten selbst.

Auch hier wird deutlich, wie es sich rächt, dass die Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus als Synonyme verwendet werden und eine heillose Verwirrung stiften. Der Weg der Freiheit in die Dezentralisierung und der Marktwirtschaft wird versperrt, weil ihr der tierische Geist („The animal spirit“ - Keynes) des Kapitalismus angehängt wird. Auf diese Weise gelingt es doch noch dem "dummen" und "blöden" Volk den Übervater Staat schmackhaft zu machen und es in die Zentralverwaltungswirtschaft – auf den „Weg zur Knechtschaft“ (F. A. Hayek) zu treiben.

#### ooooo - Einschub Ende - ooooo

Unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier – der auch mein Präsident ist, auch wenn ich das Wahlverfahren, das ihn an die Spitze unseres Staates gehoben hat, für einen Ausdruck der Parteienherrschaft halte – sprach auch seiner Rede zum Tag der Einheit am 3. Oktober 2020 auch folgende Sätze:

... Dabei geht es, ich sage es in aller Ernsthaftigkeit, um mehr als um eine Stilfrage. Es geht nicht um Höflichkeit oder Anstand. Es geht um Demokratie! Denn wenn Menschen sich dauerhaft zurückgesetzt fühlen, wenn ihre

Sichtweise nicht vorkommt in der politischen Debatte, wenn sie den Glauben an die eigene Gestaltungsmacht verlieren, dann darf uns das eben nicht kalt lassen. Dann bröckelt der Zusammenhalt, dann steigt das Misstrauen in Politik, dann wächst der Nährboden für Populismus und extremistische Parteien.

Und deshalb dürfen wir Ungerechtigkeiten nicht einfach hinnehmen, deshalb darf Ignoranz keine Haltung sein. Arbeiten wir weiter für Verbesserungen, beseitigen wir Missstände, wo sie noch bestehen, hören wir uns gegenseitig zu, lernen wir voneinander – egal ob im Osten oder Westen, im Norden oder Süden unseres Landes! Das ist die Aufgabe heute. ...

Das sind wichtige und richtige Sätze aus dem Munde des Bundespräsidenten. Aber hat er (oder der Schreiber seiner Rede) hier nicht übersehen, dass das Modell Sozialdemokratie – das so erfolgreich ist, dass es mehr oder weniger alle Bundestagsparteien es übernommen haben – die Ursache dafür ist, dass so viele Bürger nicht mehr an ihre eigene Gestaltungsmacht glauben, das heißt, sie wissen es aus Erfahrung. Das ist natürlich nicht aus Böswilligkeit geschehen. Die Minister, die in dieser Richtung gewirkt haben, glauben für ihren Einsatz - denen sie oftmals ihre Gesundheit und das Familienglück geopfert haben - dass sie dafür ein Denkmal oder wenigstens Dank verdient haben. Aber der Staat mit der Rundumversorgung und der Regulierung aller Lebensbereiche, die zwangsläufig auf eine Entmündigung der Menschen hinausläuft, macht sie nicht glücklich. Glücklicher werden die Menschen, wenn sie erleben, dass die Verhältnisse so sind, dass sie ihre Vorsorge und ihr Leben selber bestimmen und gestalten können. Ich will das im Einzelnen nicht ausführen. Ich denke die nachfolgenden Zeilen machen deutlich, worum es mir geht / worum es uns gehen sollte. Als Übergang zu den grundsätzlichen Problemen, habe ich ins Netz geschaut, um eine Vorstellung von der Zahl der Gesetze und Verordnungen zu bekommen.

Hier eine Quelle aus dem Jahr 2016:

In der JuS 2016 schreibt Ulrich Karpen in dem lesenswerten Beitrag „Rechtssetzungslehre“ auf Seite 579:

Hektische Gesetzgebung vermindert die Qualität der Normen. Nun gibt es gewiss gute Gründe für das Tun des „motorisierten Normsetzers“: erweiterte Staatstätigkeit im Sozial- und Interventionsstaat, technische Entwicklung, Globalisierung, Verrechtlichung und Normenhunger von Verwaltung und Justiz. Der Normenzuwachs ist gewaltig. In Deutschland gelten 1681 Bundesgesetze und 2711 Bundesrechtsverordnungen.

<https://www.klartext-jura.de/2016/07/08/wie-viele-deutsche-gesetze-gibt-es/>

Hier sind nicht Gesetze und Verordnungen der Länder und die Satzung der Kommunen enthalten. Der Bundestag bietet auch eine Statistik der eingebrachten und beschlossenen Gesetze an. Für das was ich hier sagen will, ist mir diese Darstellung zu umfangreich. Ich habe dann in Wikipedia nach geschaut und diese Aufzählung gefunden:

### **Zahl der Gesetze**

In der Bundesrepublik Deutschland gab es im Jahr 2003 insgesamt 2.197 Bundesgesetze mit 45.511 Paragraphen und 3.131 Bundesrechtsverordnungen. Am 31. Dezember 2009 umfasste das deutsche Bundesrecht 1.924 Gesetze und 3.440 Verordnungen mit insgesamt 76.382 Artikeln und Paragraphen (Angaben nach Fundstellennachweis A, ohne Änderungsvorschriften und Normen zu völkerrechtlichen Vereinbarungen). Hinzu kommen die Gesetze und Rechtsverordnungen der 16 Länder.

31,5 % aller deutschen Gesetze beruhen der Bundestagsverwaltung zufolge auf EU-Vorgaben. Dabei ist die Verteilung innerhalb der Ressorts jedoch sehr unterschiedlich. Während im Innenministerium 23 % aller Gesetze durch die EU veranlasst waren, kam das Wirtschaftsressort auf 38 %.

[https://de.wikipedia.org/wiki/Gesetz#Zahl\\_der\\_Gesetze](https://de.wikipedia.org/wiki/Gesetz#Zahl_der_Gesetze)

Ich habe dann ein Interview in der Zeitung DIE WELT mit dem Rechtsprofessor Ulrich Karpen gefunden. Veröffentlicht am 09.05.2005. Er sieht den Rechtsstaat in Gefahr und fordert mehr Freiheit für Firmen.

... **DIE WELT:** Sind wir Deutsche weniger gesetzestreu als behauptet, oder haben wir zu viele Gesetze?

**Ulrich Karpen:** Wir haben einfach zu viele Gesetze. Im Augenblick gelten für Sie und mich 2197 Bundesgesetze mit 46 777 Einzelvorschriften und 3131 Verordnungen mit 39 197 Einzelvorschriften. Hinzu kommen Landesgesetze und Regelungen der Europäischen Union. Insgesamt schätze ich die Zahl aller Einzelvorschriften, die einen Deutschen derzeit binden, auf rund 150 000.

**DIE WELT:** Ist es dann richtig, wenn sich die Bürger nicht daran halten?

**Karpen:** Der Gedanke, ein Bürger könne aufgrund der Kenntnis all dieser Gesetze rechtstreu sein, ist eine reine Fiktion. Ob der Bürger will oder nicht: Er kann gar nicht in Gänze rechtstreu sein. Ich sehe sogar die Gefahr, daß der Rechtsstaat an der Fülle seiner eigenen Gesetze ersticken könnte. ...

Ähnliche Überlegungen habe ich schon vor Jahrzehnten formuliert. Es ist doch so, dass doch die Spezialisten in Sachen Recht - die Juristen – sich noch spezialisieren müssen, um noch zuverlässig sagen zu können, was zum jeweiligen Zeitpunkt der Fragestellung rechtens ist. Die Demokratie wird auf diese Weise zu einer Brutstätte von Krebschäden im Rechtssystem, zu einem Ort, wo der Freiheit die Luft abgeschnürt wird. Irgendwann wird dann bei den

Bürgern in großer Zahl der Wunsch aufkommen, die Parlamente auszuräuchern und Umschau nach einem weisen Herrscher zu halten, der bescheiden in der Rechtsproduktion ist. Eine Demokratie, die das Recht nicht als ein Mittel zur Befriedung der Bürgerschaft sieht, sondern als Mittel zu ihrer Beherrschung, hat sich selber aufgegeben und sollte sich eine andere Bezeichnung suchen.

Die Probleme, die uns in der Gegenwart zu schaffen machen, sind schon uralte. Karl Walker schreibt 1947:

Soll man die Welt ordnen? - oder soll man sie zu ihrer eigenen Ordnung kommen, ihre inneren Tendenzen ausschwingen lassen? - Diese Fragestellung, die schon vor zweieinhalb Jahrtausenden in den Schülern von Kung fu tse als den Verfechtern der Gesetzgebung einerseits und den Anhängern von Lao tse als den Verkündern der Allgesetzlichkeit andererseits die Gegensätzlichkeit der Meinungen heraufbeschwor, ist bis auf den heutigen Tag die Grundfrage, die allem Bemühen um die Lebensordnung unter den Menschen voransteht. Je nachdem, wie der Mensch glaubt, dieser Frage gegenüber sich einstellen zu müssen, wird er sich auch in die Kräftegruppen einordnen, die für diese oder für die andere Art von Ordnung kämpfen und wirken. (Demokratie und Menschenrechte, S. 28)

...

Oft noch haben in der weiteren Entwicklung der Menschheit, in anderen Völkern und späteren Zeiten die Prinzipien der Gesetzgebung gegen das Waltenlassen des Lebens gestanden. Der Mensch hat das Organisieren erfunden - und verfällt dem Irrtum, aus eigenem Zweckdenken heraus die beste Lebensordnung gestalten zu können. Es läßt sich nicht leugnen, „Ordnung“ hat er damit zuweilen geschaffen, indessen keine lebendige Ordnung, wie sie der Kosmos will, sondern eine starre, tote, gegen welche die Kräfte des Lebens in unbändigem Freiheitsdrang immer wieder aufstanden, eine Ordnung, die der Gewalt bedurfte, um sich zu halten, - und die dann doch stürzen mußte.

Platons Staatsidee ist die Konstruktion einer solchen Ordnung, und was Lykurg als Gesetzgeber Spartas durchführte, ist das verfehlt und zum Untergang verurteilte Experiment des anmaßenden Intellekts, der die Ordnung auf seine ausgedachten Zwecke abzustellen strebte. (S. 29)

Walker führt dann eine Reihe von Knackpunkte der Demokratie an. Ich unterbreche jetzt diesen Text. Das Thema ist für mich aber noch nicht abgeschlossen. Ich will es auch anhand des Buches von Hans-Jürgen Papier „Die Warnung / Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird,“ später wieder aufgreifen. Ich verweise heute auf die folgenden Texte von mir:

- 164  **Das Grundgesetz wurde vor 70 Jahren verabschiedet. Haben wir Gründe zum Jubeln oder Trauern?**  
 Anmerkungen zu dem Kommentar „Unser Grundgesetz / 70 Jahre grandios erfolgreich und trotzdem unvollendet“  
 von Professor Dr. Hermann Heußner,  
 veröffentlicht im **mdmagazin** – Zeitschrift für direkte Demokratie 1 Ausgabe  
 2.2019  
 von Tristan Abromeit / Zum Tag der Deutschen Einheit / 3. Oktober 2019  
 (115 Seiten / 884 KB)
- 164.1  Anhang: **Hinweise mit Auszügen und Links auf frühere Arbeiten mit Verweisen auf das Thema Verfassung:**  
 a) Verfassungsbeschwerde, Oktober 1992 /  
 b) Agenda Niedersachsen, Mai 2001 Dokumentation 3 /  
 c) Der moralische Zeigefinger von Attac weist in die Irre, März 2008 /  
 d) Von der Wirkung politischer Leitideen, besonders, wenn sie falsch sind und auf der Suche  
 nach einem neuen Gesellschaftsvertrag, November 2018 /  
 e) Das Boden(un)recht - Beiträge zur Förderung der Menschenrechte, des Friedens  
 und der Freiheit, Oktober 2000  
 (Die zuletzt genannte Arbeit entstand ebenfalls aufgrund von Impulsen aus Osnabrück.)  
 August 2019 (10 Seiten / 160 KB)
- 164.2  **Zwischenbemerkungen**  
 Die Ausgangslage / Invictus – Unbezwungen - der Freiheitskämpfer Nelson Mandela /  
 Der Gipfel der G-7-Staaten / Zu den eigenen Bemühungen um Klärung /  
 Zu Friedrich Müller-Reißmann / Links-Rechts-Schema u. a. / Über eine Aussage zu Israel und  
 Palästina des Bischofs Hans-Jürgen Abromeit / Die Kreuzkirche in Dresden  
 von Tristan Abromeit / August 2019 (35 Seiten / 551 KB)

Es folgt auf der Nächsten Seite meine Stellungnahme

„Karl Walker, Silvio Gesell und der Kult“ vom 5. 11. 2002 und Auszüge aus

## **Die Todsünde der Nationalökonomie**

Ein Textfund bei Werner Hofmann über Otto Conrads Arbeit

zur Lehre von den drei Produktionsfaktoren.

## Karl Walker, Silvio Gesell und der Kult

Kommentar zu *Karl Walker* in der Rubrik *Leute & und Worte*  
Humanwirtschaft Ausgabe 10/11 2002

Die Zeitschrift *Humanwirtschaft*<sup>11</sup> zitiert Karl Walker mit den Worten:

***Wir befassen uns mit Problemen von weltweiter Bedeutung. Auf die Lösung dieser Probleme respektive auf einen Beitrag zur Lösung dieser Probleme kommt es an, nicht auf den Kult mit einer Person, und nicht auf die stereotype Wiedergabe alles dessen, was Silvio Gesell vor 80 Jahren gesagt und geschrieben hat.***

Diese Aussage ist richtig und doch unbefriedigend. Bevor ich das erläutere, ein paar Bemerkungen vorweg: Ich war Teilnehmer der Tagung im April 1975 in Koblenz, auf der Karl Walker sich so äußerte. Ohne andere Freundinnen und Freunde der *Natürlichen Wirtschaftsordnung* abwerten zu wollen, war Karl Walker die Person im freiwirtschaftlichen Umfeld, die mich am meisten beeindruckt hat. Ein gemeinsames Projekt, eine kleine Forschungsstelle hier in Neustadt einzurichten, konnten wir nicht mehr realisieren, weil Walker am 5. 12. 1975 starb. Seine Wertschätzung durch die damaligen Freunde kann man auch der Tatsache entnehmen, dass ihm eine Gedenkschrift zum Tode gewidmet wurde. Sie trägt den Titel „Einsam geblieben bei der Wahrhaftigkeit“. Es wäre durchaus angebracht, wenn die nachrückenden Freundinnen und Freunde der Freiwirtschaft ältere und alte Veröffentlichungen zum Thema lesen würden, um sich ein Bild von den theoretischen und politischen Auseinandersetzungen von gestern und vorgestern zu machen. Die Archive sind gefüllt, wenn auch nicht in einem optimalen Zustand.

Warum ist nun aber Walkers obige Aussage unbefriedigend? Zu jedem Weltverbesserungsmodell gibt es zweierlei Zugänge, den rationalen, analytischen Zugang und den emotionalen vom Herzen herkommenden. Dabei ist es durchaus möglich, dass einunddieselbe Person ein

---

<sup>11</sup> Die Zeitschrift *Humanwirtschaft* ist die Nachfolgerin der Zeitschrift *Der Dritte Weg*. Die *Humanwirtschaft* wechselte dann zu einem neuen Herausgeber und nennt sich seit dem *Humane Wirtschaft*.  
[www.humane-wirtschaft.de](http://www.humane-wirtschaft.de)

Repräsentant beider Zugangswege sein kann. Der emotionale Zugang wäre versperrt, wenn es nicht Personen und Symbole gäbe, die das Gute, das Neue, das Helle signalisieren würden. Ich glaube, das gilt allgemein für Ideen, die aus sich heraus nach Weltgeltung streben. Es galt für Anfangszeit der Freiwirtschaft, wie auch für die heutige Zeit. Nur die Personen und symbolischen Inhalte wechseln mit der Zeit. Auch ein Gutteil der heutigen Anhängerschaft freiwirtschaftlicher „Autoritäten“ ist vermutlich mehr emotional als rational angekoppelt.

Als Karl Walker sich im obigen Sinne äußerte, blickte er auf Jahrzehnte zurück, in denen nur noch eine winzig kleine Zahl von Personen an der freiwirtschaftlichen Ökonomie theoretisch-analytisch interessiert waren. Das Wissen um die NWO wurde von den zahlenmäßig überlegenen emotionalen Trägern der Freiwirtschaft durch die Wüste der Ablehnung und des Desinteresses getragen. Das war natürlich für den theoretischen Kopf (mit Herz), der Walker war, eine unbefriedigende Situation. Auf theoretische Fragen und Einwendungen mit „aber Gesell hat geschrieben“ zu antworten und nicht aus der Sache heraus „Gesells Antwort“ neu zu formulieren oder zu widerlegen, muss einem Theoretiker schon auf die Palme bringen. Die Situation hat sich in Bezug auf die Durchsetzung der NWO nur unbefriedigend gewandelt, aber in Bezug auf die Theoriediskussion erfreulich. Hätte Karl Walker diese Situation erleben können, so bin ich überzeugt, wäre er noch viel produktiver gewesen als er es ohnehin war. Man darf nämlich nicht vergessen, dass die intellektuelle Vereinsamung enorme Lebenskraft kostet. Prof. Erich Reigrotzki<sup>12</sup>, der auch im Rahmen der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft Anfang der 70er Jahre Vorträge hielt, sagte mir zum Tode des marxistisch orientierten Ökonomen<sup>13</sup> Werner Hofmann, er sei an Einsamkeit gestorben. Hofmann lehrte wie Reigrotzki in Marburg. Hofmann wäre aber auch in Ostberlin oder Halle - weil er ein unabhängiger Kopf war - ein einsamer Fremder geblieben.

---

12 Prof. Dr. Erich Reigrotzki hatte in Marburg einen Lehrstuhl für Staatswissenschaften. Sein großes Thema war „Die Wahrung der Bürgerrechte“ und in diesem Sinne setzte er sich für die Institution des Ombudsmans ein. Aus gleichem Grund konnte man auch von ihm Beiträge in einer der Vorgänger-Zeitschriften von „Zeitschrift für direkte Demokratie“, der Nachbarschaftsbewegung (Jungdeutscher Orden /Artur Mahraun) lesen.

13 Wenn ich mich richtig erinnere, war Hofmann Lehrer unseres verstorbenen Freundes Elimar Rosenbohm. Buchtitel von Hofmann: Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft, rororo aktuell, 1969. Ich bin Hofmann am 2. November 1968 auf dem Gründungskongreß zum Aktionsbündnis für die Bundestagswahl in Dortmund begegnet. Von der LSP aus hatten wir in einem Umdruck Bedenken gegen das Gründungsverfahren und die DKP als Partner angemeldet. Wir wurden daran gehindert, unsere Infos im vollen Umfang zu verteilen. In einer Presseerklärung der Liberal-Sozialen Partei vom 3. 11. 1968 habe ich dazu geschrieben: ... „Prof. Dr. Werner Hofmann, Referent und Initiator des Kongresses, bedauerte gegenüber dem Verfasser des Flugblattes den Vorfall.“ ...

Karl Walker war nun aber einer, der sagte, dass man nicht nur Gesell nicht blind nachplappern sollte, sondern auch ihn selbst nicht. Er wusste, dass es im Erkenntnisprozess keinen Stillstand als Ruhepolster gibt. Und es wäre ihm auch nicht schwergefallen zuzugestehen, dass die Erkenntnis von heute, die glaubt den Irrtum von gestern überwunden zu haben, aus der Sicht von morgen der neue Irrtum sein kann.

Der Einführung von Werner Onken zum Band 13 der gesammelten Werke Gesells ist zu entnehmen, daß die Buchgeldfrage schon ziemlich früh, die Kritiker und Freunde der Freiwirtschaft beschäftigt hat. Karl Walker, der die Position von Helmut Creutz zu dieser Frage vorweggenommen hat, hat zu diesem Thema ja viel gearbeitet. Um die schwierigen Fragen auf eine konkrete und zu kontrollierende Ebene zu bringen, hat er ja sein volkswirtschaftliches Planspiel entwickelt. Leider wurden die Möglichkeiten des Planspieles zur Klärung der immer wieder Unklarheit und Zwist stiftenden Buchgeldfrage nicht genutzt. Es muß allerdings eingeräumt werden, dass der Umgang mit dem Spiel intensive Arbeit ist und Kenntnisse der Buchführung voraussetzt. Dieses Spiel hat zum Beispiel auch gezeigt, dass das U (= Umlaufgeschwindigkeit) in der Verkehrsgleichung keine selbständige Größe ist. Hans Hoffmann aus der Schweiz hat dann vorgeschlagen, dass der Begriff *Umlaufgeschwindigkeit des Geldes* durch den Begriff *Ausnutzungsgrades des Geldes* ersetzt werden sollte, weil dieser präziser den Sachverhalt wiedergibt.

Um die 9. Auflage der Natürlichen Wirtschaftsordnung von 1949 hat es erhebliche Auseinandersetzungen gegeben, wie ich aus einem vom Verleger Rudolf Zitzmann kopierten Schriftverkehr weiß. Auch hier hat die Buchgeldfrage eine bedeutende Rolle gespielt. Über Dr. Landmann und Hans Timm war ein Beitrag von Gesell zu diesem Thema als Kapitel 14 aufgenommen worden, das nach Walkers Ansicht nicht Gesells letzter Einsicht entsprach. Walker hat den Text „'Bargeldloser' Verkehr?“ in den Anhang gestellt. Meines Erachtens hat er übersehen, dass Gesell hier gar nicht die Buchgeldfrage abhandelt, sondern das virtuelle Geld, das heute erörtert wird, vorwegnimmt, ohne davon abzugehen, dass Geld nur das ist, was in gemünzter, gedruckter oder abstrakter Form die Notenbank (Zentralbank) verläßt.

Da Walker ein Denker war, der sich nicht nur mit den Quellen der eigenen Schule begnügte und sich daher auch mit der (nicht nur von Gesell im Erklärungswert als gering eingestuft) Werttheorie beschäftigte und zudem Karl R. Popper<sup>14</sup> gelesen hatte, der zum Beispiel

---

14 Bei campus EINFÜHRUNGEN ist von Jürgen August Alt unter dem Titel „Karl R. Popper“ eine gut lesbare

sagt, dass konkurrierende Ideen nicht mit den gleichen Fakten bewiesen werden können.

Walker schreibt in seiner letzten Arbeit „Das Weltwährungssystem - Eine Kritik an den theoretischen Grundlagen und ein Entwurf zur Reform“ auf Seite 28 wörtlich:

Popper fordert vom Wissenschaftler, daß er für seine Hypothese nicht nur nach Bestätigungen sucht - solche sind immer zu finden -, sondern nach den schwachen Stellen; er soll Gründe suchen, die seine Theorie zu Fall bringen können. Erst wenn dies nicht gelingt, ist die Theorie gesichert. Eine Theorie muß rundherum richtig sein; sie darf in keinem einzigen Fall zwiespältig sein und Widersprüchlichkeiten aufweisen.

Walker kommt also am Schluß seines Lebens zu dem Ergebnis, dass die Quantitätstheorie des Geldes - die er jahrzehntelang verteidigt hat - nicht stimmen könne, weil sie den popperschen Kriterien nicht standhielte. Ausgehend von der Feststellung, dass zwischen den Gütern und Dienstleistungen eine Wert-Relation besteht, kommt er zu den schwierigen Fragen, ob die Geldmenge einfach verringert werden dürfe, wenn die Gütermenge zum Beispiel durch eine Missernte wesentlich verringert würde. Für mich persönlich liegen hier noch erkenntnis-mäßige Nebelfelder, in denen man sich nur tastend vorwärts bewegen kann. Aber klar ist mir, daß wir auch dann handeln müssen, wenn wir noch nicht klar sehen. Wenn es uns gelingt, genau zu bestimmen, was Geld ist, dann ist die Quantitätstheorie in freiwirtschaftlicher Prä-gung eine klar genug formulierte Handlungsanweisung. Ich würde auch mit Elimar Rosen-bohm<sup>15</sup> sagen, dass die Quantitätstheorie des Geldes keine Theorie ist, sondern eine Tatsa-chenbeschreibung und Walker hat sich daher ohne zwingenden Grund in der Zwickmühle der popperschen Beweisführung mit der Werttheorie gesehen.

Sollte das Thema Buchgeld wieder aufgenommen werden, so bitte nicht im redaktionellen Teil einer freiwirtschaftlichen Zeitschrift, weil diese durch das sperrige Thema kaputt ge-macht werden kann. Es müsste ein Sonderforum gebildet werden, zum Beispiel in der Form einer Beilage. Am Beginn müssten die wichtigsten Aussagen der Kontrahenten dokumentiert werden und die Pflichtlektüre für die Diskutanten festgelegt werden. Es bringt nämlich kei-nen Fortschritt, wenn wieder bei Null begonnen werden soll. Es handelt sich hier um keine Nebensache. Im Grund leidet jede Tagung zu Währungsfragen unter der Konfusion über den Begriff *Geld*.

---

Arbeit erschienen.

15 Elimar Rosenbohm war Bankkaufmann, Dipl. Sozialwirt, Mitbegründer der Zeitschrift für Sozialökonomie und bis zur Pensionierung Mitarbeiter der Landeszentralbank in Hannover. Soweit ich weiß, war Rosenbohm auch für H. Creutz ein Vermittler zu der Einsicht, das Buchgeld kein Geld ist.

Der Ausgangspunkt meiner Ausführungen war Walkers Mahnung, daß es nicht auf einen Kult um Personen ankäme, sondern auf die Problemlösungen. Ich sage, es kommt auf beides an: Der Kult in Maßen bringt die Energiezufuhr in Form von Personen, Mitteln, Zu- und Widerspruch, um die Problemlösungsarbeit nicht erlahmen zu lassen. Ein gewisses Quantum an Kult - in dem wir heute Karl Walker und andere herausragende an der Idee Mitwirkende einbeziehen können - sollten wir uns schon zutrauen. Kult mit kritischem Bewußtsein kann sympathisch wirken - nur Kult mit Besserwisserei stößt ab. Aber nicht die Frage nach einem Ja oder Nein zum freiwirtschaftlichen Kult ist unser eigentliches Problem, sondern wie wir unsere freiwirtschaftliche Literatur besser ausschöpfen, denn wir müssen ja auch die viel größere Zahl der anderen Autoren, die sich mit dem Thema *Gesellschaft* befassen, zur Kenntnis nehmen. T.A.

## **Die Todsünde der Nationalökonomie**

Ein Textfund bei Werner Hofmann über Otto Conrads Arbeit  
zur Lehre von den drei Produktionsfaktoren

durch Tristan Abromeit

Im Laufe der Zeit habe ich schon mehrmals auf die Arbeit von Otto Conrad - die mir in Kopie vorliegt - hingewiesen. Beim Blättern im rororo aktuell-Band Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft - Ein Leitfaden für Lehrende -, 1969 fand ich im Leseanhang zwischen Werner Sombart und Karl Marx zusammenfassende Zitate aus Conrads Arbeit, die es wert sind einem weiteren Publikum vorgestellt zu werden. Über den Autor der „Grundelemente ...“ heißt es in dem Taschenbuch von 1969: „Werner Hofmann, geboren 1922, ist seit 1966 Ordinarius für Soziologie an der Philipps-Universität Marburg und Direktor des Soziologischen Instituts. Und jetzt bitte ich um Aufmerksamkeit für Hofmanns Auswahl von Conrads Aussagen:

Zur Lehre von den <drei Produktionsfaktoren> <sup>16</sup>

a) OTTO CONRAD : <Die Todsünde der Nationalökonomie>, Leipzig/Wien-1934

Die Anhänger der Lehre von den drei Produktionsfaktoren «erklären ..., daß der

---

<sup>16</sup> Die Auszüge beginnen bei Werner Hoffmann auf der Seite 133. Die im Text angezeigten Seitenzahlen hat Hoffmann aus der zitierten Quelle übertragen.

Lohn, die Bodenrente und der Zins die Vergütung oder Entlohnung sei, die die Besitzer für die Bestellung der Produktionsfaktoren oder ihrer produktiven Leistungen erhalten. Hierzu ist folgendes zu sagen: Es ist nicht wahr, daß der Grundbesitzer, der den Boden nicht selbst bebaut, zur Produktion etwas beistellt. Denn der Boden mit allen seinen Stoffen und Kräften ist von Natur aus da und braucht daher nicht erst <beigestellt> zu werden. Der Grundbesitzer gibt dem Pächter nur die Erlaubnis, den von der Natur beigestellten Boden zu benützen. Für diese Erlaubnis wird der Pachtzins bezahlt. Diese Erlaubnis ist nötig und der Grundbesitzer kann sich dafür bezahlen lassen, weil er als Eigentümer des Bodens berechtigt ist, jeden andern von der Benützung des Bodens auszuschließen.» (S. 7 f.)

Es «ist festzustellen, daß für den Kapitalisten ganz dasselbe wie für den Grundbesitzer gilt. Er stellt keine Produktionsleistungen bei, sondern gibt nur andern die Erlaubnis, sein Kapital zeitweilig zu verwenden. Ein Unterschied besteht nur insofern, als der Boden von Natur aus da ist, während die Kapitalgüter produziert werden müssen, eine Produktionsleistung, die aber nicht vom Kapitalisten, sondern von jenen verrichtet wird, die die Kapitalgüter erzeugen. Ist das Kapitalgut einmal da, dann wird es ganz ebenso wie der Boden als Produktionsmittel benützt, d. h. es werden mit ihm Produktionsleistungen verrichtet. Auch diese verrichtet aber nicht der Kapitalist, sondern der Produzent, der das Kapitalgut verwendet. Der Kapitalist erteilt nur die Erlaubnis, das Kapital, bzw. im Falle der Vermietung das Kapitalgut zeitweilig zu verwenden. Für diese Erlaubnis wird der Leihzins (Mietzins) bezahlt.

Zins und Grundrente sind somit keine Vergütung für die Beistellung der Produktionsleistungen des Kapitals und des Bodens. Auch der Lohn ist keine Vergütung für die Arbeit, sondern der Preis der Arbeitsleistung. In der Verkehrswirtschaft wird niemals für eine Leistung in dem Sinne gezahlt, wie man etwa jemandem für eine Gefälligkeit dankt oder jemanden für ein Verdienst belobt oder belohnt. Man zahlt, weil man zahlen muss, wenn das zu Erlangende nicht umsonst zu haben ist, und das, was man zahlt, sind Preise und keine <Vergütungen> ... So zahlt man eben auch für die Arbeitsleistung, wenn man sie braucht, und für die zeitweilige Überlassung eines Grundstückes oder eines Kapitals, wenn man das Kapital oder das Grundstück verwenden will und es nicht umsonst haben kann. Der Lohn ist also der Preis der Arbeitsleistung, der Zins der Preis der zeitweiligen Überlassung des Kapitals und der Pachtzins der Preis der zeitweiligen Überlassung des Bodens.» (S. 9)

«Nur dadurch, daß man den Boden und das Kapital zu lebendigen Wesen macht, die ebenso wie der Mensch in der Wirtschaft tätig sind, kann man zu der Behauptung gelangen, daß Boden und Kapital Produktionsleistungen verrichten. Nur so wird es möglich, diese beiden Produktionsmittel mit dem arbeitenden Menschen in eine Linie zu stellen. Da aber diese Gleichstellung, die Verwandlung der Produktionsmittel in Personen denn doch Bedenken erregen muß, hat man in umgekehrter Richtung eine Annäherung des arbeitenden Menschen an die Produktionsmittel herbeigeführt, und zwar dadurch, daß man ihn entpersönlichte und an Stelle des Arbeiters <die Arbeit> als Produktionsfaktor setzte. Das ist ... (eine) Vergewaltigung der Wirklichkeit. Denn <die Arbeit verrichtet keine Produktionsleistungen, sondern die Arbeit wird vom Arbeiter verrichtet und eben in dieser Verrichtung besteht die Produktionsleistung.» (S. 10)

«Ohne Violine kann man nicht geigen. Wer würde daraus schließen wollen, daß nicht nur der Geiger, sondern auch die Geige geigt, daß beide gemeinsam Violine spielen? Gewiß niemand. Die Violine ist eben Musikinstrument und nicht Musikant, ganz ebenso wie Kapital und Boden Produktionsmittel und nicht Produzenten

sind ... Oder: der Mensch sieht und das Fernrohr sieht, beide gemeinsam sehen weiter. Kein Vernünftiger wird so denken. Man erkennt, daß der Mensch und immer nur der Mensch es ist, welcher geigt, ..., sieht ... Nur beim Produzieren will man das, was bei allen anderen Tätigkeiten als selbstverständlich gilt, nicht gelten lassen, sondern spricht auch den toten Produktionsmitteln Produktionsleistungen zu.» (S. 5)

«So dient die ganze Lehre von den drei Produktionsfaktoren nichts anderem, als der sozialetischen Rechtfertigung des Zinses und der Grundrente.» (S. 11)

«Man sucht nach einer Theorie, die den Zins und die Bodenrente nicht nur erklärt, sondern auch sozialetisch rechtfertigt. Dazu bedarf es des Nachweises, daß dem Einkommensbezug eine Gegenleistung des Einkommensempfängers entspricht. Und dies setzt wieder voraus, daß ein Produktionsfaktor da ist, der diese Gegenleistung verrichtet. Denn nur ein Produktionsfaktor kann, wie schon der Name sagt - das Wort Faktor kommt von facere, d. h. tun, handeln - Leistungen verrichten.» (S. 10)

«Ist in unserer Wirtschaftsordnung das Leistungsprinzip erfüllt? Diese Frage ist zu verneinen. Denn das arbeitslose Renteneinkommen verschafft einen Anteil am Ertrag der Volkswirtschaft, dem keine eigene Leistung des Rentenbeziehers gegenübersteht. Das empfindet mit sicherem Instinkt der einfache Mann aus dem Volke. Die Lehre von den drei Produktionsfaktoren will nun aber beweisen, daß das Leistungsprinzip erfüllt ist, daß zum mindesten Grundrente und Zins nicht im Widerspruch mit diesem Prinzip stehen, weil sie die Gegenleistung für die <Produktionsleistungen> der Produktionsfaktoren Boden und Kapital sind.» (S. 59)